

Medienmitteilung
Bern, 10. Juni 2016

Bundesrat gegen Hauseigentümerinnen und Hauseigentümer

Der Bundesrat will mehr Geld. Dafür will er Hauseigentümerinnen und Hauseigentümer zur Kasse bitten. Fadenscheinig werden in einem tendenziösen und lückenhaften Bericht die angeblichen Risiken im Immobiliensektor aufgelistet und daraus die Forderung nach höheren Steuern abgeleitet. Der Schweizerische Gewerbeverband sgv verurteilt den Bericht und die darin gemachten Aussagen. Der grösste Dachverband der Schweizer Wirtschaft verlangt vom Bundesrat die Sistierung sämtlicher Aktivitäten, welche die Umsetzung des Berichts betreffen.

Risiken kann man nicht mit höheren Steuern kontern oder minimieren. Diese elementare Logik wird vom Bundesrat in seinem Bericht missachtet. Und das ist nicht der einzige Fehler. Die Risiken aus der Hypothekar-Verschuldung werden in beinahe apokalyptischer Schwarzmalerei und Detailversessenheit ausgebreitet. Aber die positiven Effekte werden nur zwischendurch erwähnt.

Das hohe Reinvermögen in der Schweiz erlaubt eine höhere Verschuldung. Hypotheken sind gerade für KMU die wichtigste und einfachste Form der Fremdfinanzierung. Immobilienbesitz ist für den Wohlstand und die Lebensqualität der Schweiz wichtig. Alle diese Effekte werden im Bericht kaum erwähnt und nicht gewürdigt.

Der sgv steht zu einer Politik, die Eigentum begünstigt und garantiert. Faktische Steuererhöhungen, die auf alarmistischen Scheinexpertisen beruhen, lehnt der sgv entschieden ab.

Weitere Auskünfte

Hans-Ulrich Bigler, Direktor, Tel. 031 380 14 14, Mobile 079 285 47 09

Henrique Schneider, stv. Direktor, Tel. 031 380 14 14, Mobile 079 237 60 82

Die Nummer 1: Als grösste Dachorganisation der Schweizer Wirtschaft vertritt der sgv 250 Verbände und gegen 300 000 Unternehmen.